

iGZ-Interview mit Laurenz Meyer MdB:

Zeitarbeit hat an Gewicht gewonnen

Die grundsätzliche Bedeutung der Zeitarbeit, die Überführung des AÜG in ein einheitliches Arbeitsgesetzbuch und der Mindestlohn – im Gespräch mit der Z direkt! nahm der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Laurenz Meyer, Stellung zu wichtigen Branchenthemen.

Z direkt!: Welche Bedeutung hat Zeitarbeit aus Ihrer Sicht als arbeitsmarktpolitisches Instrument?

Laurenz Meyer: Zeitarbeit hat zunehmend an Gewicht gewonnen. Sicherlich ist es auch ein Instrument, das Flexibilität für die Unternehmen erhöht und gleichzeitig auch ein Instrument, das in manchen Bereichen den Wiedereinstieg von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt ermöglicht. Eine Beschäftigungsmöglichkeit für Viele, die es an anderer Stelle nicht schaffen.

Z direkt!: Wie stehen Sie zu einer Überleitung des AÜG in ein Arbeitsgesetzbuch?

Meyer: Prinzipiell ist ein einheitliches Arbeitsgesetzbuch das, was wir anstreben. Ob wir unter den Bedingungen der Großen Koalition dazu Gelegenheit haben werden, muss man zunächst einmal mit einem Fragezeichen versehen. Ganz wichtig ist für uns, dass auf Dauer das jetzt vorhandene Richterrecht in weiten Teilen des Arbeitsrechts durch

verständliche Regelungen ersetzt werden muss. Wir wollen das ganze Dickicht mal durchforsten.

Z direkt!: Es gibt in Deutschland immer noch zeitarbeitsfreie Zonen, wie etwa das Bauhauptgewerbe. Können Sie die Branchenforderung nach der Möglichkeit zur Überlassung von Arbeitnehmern ins Bauhauptgewerbe nachvollziehen?

Meyer: Das ist sicherlich eine anzustrebende Maßnahme. Nach meinem Eindruck wird dies allerdings in dieser Legislaturperiode nicht zustande kommen.

Z direkt!: Die Bundesregierung erwägt im Laufe des Jahres ein Konzept für die Neuordnung des Niedriglohnbereiches vorzulegen. Welche Eckpunkte sollten aus Ihrer Sicht dabei im Vordergrund stehen?

Meyer: Wir werden da in den nächsten Wochen Konzepte vorlegen. Die Grundintention muss sein, den Problemgruppen des Arbeitsmarktes eine zusätzliche Chance zu geben. Als Problemgruppen sehe ich hier insbesondere die, die keine Berufsausbildung, manchmal sogar keine Schulausbildung haben und die sich in der großen Gruppe der Langzeitarbeitslosen in vielen Fällen dann wieder finden. Wir dürfen nicht einfach widerstandslos hinnehmen, dass diese Gruppe der Langzeitarbeitslosen ständig wächst, sondern müssen dafür



Laurenz Meyer MdB sieht eine zunehmende Bedeutung der Zeitarbeit für die Wirtschaft in Deutschland.

sorgen – übrigens nicht nur mit dem Kombilohn, aber auch – dass ein Einstieg in den Arbeitsmarkt für die Betroffenen möglich wird und das wird sicherlich nur gehen, wenn man produktivitätsorientierte Löhne zur Grundlage der Einstellung macht. Dass die Betroffenen dann in der Kombination von Sozialtransfers und produktivitätsorientierten Löhnen soviel insgesamt an Einkommen haben müssen, dass sie das Existenzminimum, also auf alle Fälle ein gerechtes Einkommen haben, das ist die Zielsetzung, die wir mit dem Kombilohn verbinden.

Fortsetzung auf Seite 2



Laurenz-Meyer-Interview / Fortsetzung von Seite 1: Ziel muss sein: Mehr Menschen in Arbeit

Z direkt! *Dann sind wir auch schon beim Mindestlohn. Bevorzugen Sie eher einen gesetzlichen Mindestlohn, oder aber branchenspezifische Lösungen durch die Erweiterung des Arbeitnehmerentendengesetzes?*

Meyer: Beides hat seine Probleme und wir gehen deshalb mit sehr spitzen Fingern an solche Lösungen heran. Es darf nicht passieren, dass möglicherweise hunderttausende von Arbeitsplätzen gefährdet sind. Es gibt ja auch Tarifverträge die weit unterhalb dessen liegen, was heute von manchen als Mindestlohn diskutiert wird. Wir werden das in Zusammenhang mit der Lösung beim Kombilohn zu diskutieren haben, weil insbesondere der Koalitionspartner dies möchte. Aber Zielsetzung muss sein, mit dem

ganzen Paket mehr Menschen in Arbeit zu bringen und nicht auch noch welche aus der Arbeit zu drängen.

Z direkt! *Der iGZ strebt gemeinsam mit dem BZA und in Verhandlungen mit den DGB-Gewerkschaften gegen die Billig-Konkurrenz im Inland einerseits und die Billigst-Konkurrenz aus dem osteuropäischen Ausland andererseits einen Mindestlohn-Tarifvertrag an, der dann über eine Rechtsverordnung des Bundesarbeitsministers für allgemeinverbindlich erklärt wird. Unser Bundesvorsitzender Volker Homburg hat ein denkbares Mindestlohn-Niveau für die Zeitarbeit zwischen sechs und sieben Euro beziffert. Wie stehen Sie grundsätzlich zu solchen Initiativen, wenn sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer entsprechend zusammen-*

schließen.

Meyer: Ja, solange Arbeitnehmer und Arbeitgeber in einer Branche sich einig werden. Eine solche Einigung ist sicherlich immer dann zu begrüßen, wenn es sich nicht um Verträge zu Lasten Dritter handelt. Auch solche Fälle haben wir schon in der Vergangenheit erlebt, dass man sich relativ schnell einig wird, wenn man etwa Lasten bei der Bundesagentur für Arbeit abladen kann. Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen ist allerdings auch ein Punkt den wir in jedem Einzelfall sehr sorgfältig prüfen werden, weil hier die Begehrlichkeiten sonst doch sehr groß werden, das dann sozusagen flächendeckend durchzusetzen. Wir sind für mehr Flexibilität und nicht für mehr zentralistische Regelungen.



Laurenz Meyer kennt den iGZ – nicht nur durch regelmäßige Kontakte, wie hier mit dem Bundesvorsitzenden Volker Homburg (r.).



Markus Kurth MdB (Bündnis90/ Die Grünen) lädt iGZ ein: Zeitarbeit soll sich an Diskussionen beteiligen

„Wir wollen uns nicht nur zu Wort melden, wenn wir gegen eine Maßnahme sind, sondern wir wollen uns aktiv an der Entwicklung von arbeitsmarktpolitischen Konzepten beteiligen.“ – Das machte der iGZ-Bundesvorsitzende Volker Homburg in einem Gespräch mit dem Obmann der Grünen-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Markus Kurth, deutlich.

Kurth nahm dieses Angebot erfreut auf: Wenn sich die Zeitarbeit im Vorfeld der Entwicklung arbeitsmarktpolitischer Projekte beteilige, könnten so Fehlsteuerungen vermieden werden. Homburg verwies auf den neuen iGZ-Arbeitskreis „Arbeitsmarktpolitische Projekte“, der unter der Leitung von Dr. Enders nunmehr eigene Ansätze erarbeitet. Allerdings: Zeitarbeit sei zunächst einmal eine Wirtschaftsbranche, die flexible Dienstleistungen für den Arbeitsmarkt anbiete und bereit halte. Erst in einem zweiten Schritt seien die arbeitsmarktpolitischen Effekte der Zeitarbeit ein Anliegen der Branche. Allerdings räumte Homburg ein, dass es durchaus ein größeres Interesse der Politik an eben diesen Effekten gebe, als an den wirtschaftlichen Interessen der Branche selbst.

Das Instrument der Personal-Service-Agenturen (PSA) bezeichnete Kurth nach wie vor als „fortsetzungswürdig“, allerdings nicht mehr unter diesem Namen, wie der Politiker



einräumt. Dennoch: Zeitarbeit als ein Instrument zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt sei nach wie vor ein erfolgversprechender Weg.

Homburg verwies darauf, dass die reguläre Zeitarbeit schon heute 68,5 Prozent der Mitarbeiter aus der Arbeitslosigkeit rekrutiere. Mit der Einstellung bei dem Zeitarbeitsunternehmen haben diese dann schon den Sprung in den ersten Arbeitsmarkt geschafft. In den allermeisten Fällen seien diese Einstellungen überdies unbefristet.

Der Verbandschef und der Oppositions-Politiker vereinbarten weitere Gespräche.

Markus Kurth MdB Bündnis90/ Die Grünen

- geb. am 14. April 1966 in Beuel, jetzt Bonn-Beuel; röm.-kath.; ledig; ein Kind
- 1994 bis 1997 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Soziologie der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
- 1997 bis 1998 Arbeitslosigkeit
- 1998 bis 2000 Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Initiativkreis EMSCHERREGION
- 2000 bis 2002 Bildungsmanager bei der Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen
- seit 2002: Mitglied des Deutschen Bundestags und sozialpolitischer Sprecher seiner Fraktion



Prof. Dr. Dr. Woyke: Zeitarbeit ist 1.Arbeitsmarkt

Zeitarbeit ist nicht nur Brücke oder Übergang, sondern elementarer Bestandteil des ersten Arbeitsmarktes. Darauf weist der münsteraner Politikwissenschaftler Prof. Dr. Dr. Wichard Woyke in einem Artikel für die aktuelle Ausgabe der Branchenpublikation Z direkt! hin.

Häufig werde Zeitarbeit noch immer zu Unrecht in erster Linie als ein Arbeitsmarktinstrument betrachtet: „Bei der Zeitarbeit handelt es sich um eine normale Wirtschaftsbranche im Dienstleistungsbereich“, erläutert iGZ-Bundesgeschäftsführer Werner Stolz. Arbeitsmarktpolitische Effekte seien „nicht unsere vordringlichste Aufgabe, wengleich sie unsere vornehmste Nebenwirkung sind“, sagt Stolz.

„Entgegen noch häufig verbreiteten Vorurteilen handelt es sich bei der Zeitarbeit um eine Beschäftigung des Ersten Arbeitsmarktes, da reguläre Zeitarbeitsverhältnisse dem wirtschaftlichen Handeln der jeweiligen Unternehmen entspringen und ohne staatliche Bezuschussungen auskommen.“, so Woyke.



Aus dem Kalender der
iGZ-Repräsentanz...



14. März 2006:
Hintergrundgespräch mit
Friedhelm Fiedler vom Berliner
Medien-Service

14. März 2006:
Medientreff der FDP-Bundes-
tagsfraktion am Alexanderplatz
in Berlin

15. März 2006:
Interview mit Laurenz Meyer
MdB (Berlin)

23./ 24. März 2006:
Seminar in der RTL-Journalis-
tenschule (Köln) zur
„Pressearbeit mit TV-Sendern“

28. März 2006:
Informationsgespräch mit Uwe
Lübking; Deutscher Städte- und
Gemeindebund

28. März 2006:
Hintergrundgespräch mit Dr.
Ralf Brauksiepe MdB

Impressum:

Hrsg.: iGZ - Interessenverband
Deutscher Zeitarbeitsunternehmen

Bundesgeschäftsstelle; Erphostraße 56; 48145
Münster; Tel.: 02 51 / 98 11 20

Repräsentanz Berlin; Reichstager 8;
10117 Berlin; Tel.: 0 30 / 40 00 46 76

www.z-direkt.de